

Constance Pary Baban

# Der innenpolitische Sicherheitsdiskurs in Deutschland

Zur diskursiven Konstruktion des  
sicherheitspolitischen Wandels 2001-2009



Springer VS

---

# Der innenpolitische Sicherheitsdiskurs in Deutschland

---

Constance Pary Baban

# Der innenpolitische Sicherheitsdiskurs in Deutschland

Zur diskursiven Konstruktion des  
sicherheitspolitischen Wandels  
2001-2009

Constance P. Baban  
Berlin, Deutschland

Dissertation, Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover, 2012

ISBN 978-3-658-00884-0  
DOI 10.1007/978-3-658-00885-7

ISBN 978-3-658-00885-7 (eBook)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2013

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer VS ist eine Marke von Springer DE. Springer DE ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media.  
[www.springer-vs.de](http://www.springer-vs.de)

# Geleitwort

Die Anschläge vom 11. September 2001 haben die Welt verändert und in den sicherheitspolitischen Konzeptionen der westlichen Welt nachhaltig Spuren hinterlassen. Unter hohem Handlungsdruck und unter hoher Unsicherheit mussten in der Folge bis dato unhinterfragte hochpolitische Grundfragen innerer und äußerer Sicherheit neu debattiert und entschieden werden. Diese sicherheitspolitischen Diskurse und die aus ihnen resultierenden veränderten Sicherheitsarchitekturen spiegeln je für sich und in einer überaus plastischen Weise nationale Traditionen, Selbstverständnisse und geopolitische Loyalitäten (oder deren Brüchigkeit) wider. Es waren und sind länderspezifische Erzählungen über den Staat, über Staatsnotstand, staatliche Gewaltsamkeit und das Staat-Bürger-Verhältnis in liberalen Demokratien. In diesen politischen Auseinandersetzungen waren und (nach wie vor) sind die Nationalstaaten in einen Prozess der Selbstbezüglichkeit und der historisch-kulturellen Verhaftetheit verwickelt. Dies scheint in der Bundesrepublik Deutschland, und man mag dies außerordentlich begrüßen, in einer sehr ausgeprägten und spezifischen Weise der Fall zu sein.

Das vorliegende Buch leistet einen wichtigen Beitrag zur Rekonstruktion, zur Analyse und zum Verständnis dieser sicherheitspolitischen Diskurse und des damit einhergehenden sicherheitspolitischen Wandels in der Bundesrepublik. Es schließt dabei aufgrund seiner stringenten theoretischen Konzipierung und seiner inhaltlich-empirischen Sättigung nicht nur eine Forschungslücke, sondern bietet als Mehrwert unterschiedlichen Forschungsdisziplinen und Forschungsinteressen einen Fundus an Erkenntnissen und Anknüpfungspunkten. Dieses Buch erhebt zu Recht den methodologisch nicht leicht einzulösenden Anspruch einer fruchtbaren Verquickung von kritischer Diskursanalyse und Politikwissenschaft mit dem Ziel, über eine interdisziplinäre Verschränkung einen triangulativen Ansatz zur Analyse des innenpolitischen Sicherheitsdiskurses zu entwickeln und auf diese Weise sprach-, literatur- und politikwissenschaftliche Theorien zu synthetisieren. Gerade in dieser Kombination mit sprach- bzw. literaturwissenschaftlichen Arbeiten gelingt es der Verfasserin, ihren eigenen und originellen Zugriff auf den sicherheitspolitischen Diskurs in der Bundesrepublik über drei Legislaturperioden hinweg zu entwickeln. Constance Baban ordnet dabei verfassungsrechtliche Großthemen/-begriffe in den Diskurs ein und dekonstruiert ihn in einer kunstvollen Weise auf sein Wesentliches entlang unterschiedlicher Diskurspositionen, -koalitionen und -effekte. Hier wie in

der gesamten Arbeit werden das Konstrukt ‚9/11‘ und dessen Übersetzung in Politik überaus plastisch.

Ihre Ergebnisse wie ihre Bewertungen (über das Verhältnis von Sicherheit und Freiheit, über legitime Eingriffstiefen oder -grenzen etc.) regen zur tieferen Auseinandersetzung mit einem Thema an, das, wie die Verfasserin zeigt, einen sehr ‚deutschen‘, durch Kriegs- und Nachkriegsgeschichte, Grundgesetz und Parteipolitik beeinflussten Niederschlag gefunden hat. Für all diejenigen, die sich die emphatischen Debatten der Post-9/11-Jahre theoretisch angeleitet und empirisch überaus gesättigt noch einmal vor Augen führen wollen, und v.a. auch für diejenigen, die daran interessiert sind, sich argumentative Veränderungen resp. Anpassungen sowie damit auch verbundenen Wandel über die Sinnkonstruktionen und Situationsdeutungen der Akteure erschließen zu wollen, ist dieses Buch unverzichtbar. Es ist ihm zu wünschen, dass es zu einem der wissenschaftlichen Grundlagenwerke zu den politischen Sicherheitsdiskursen werden wird.

Offenthal, im November 2012  
Wolfram Lamping

Hannover, im November 2012  
Adi Grewenig

# Vorwort

„Wir leben in einer Gesellschaft, die weitgehend auf der ‚Wahrheitstour‘ läuft – ich meine, die Diskurs mit Wahrheitsfunktion produziert und in Umlauf setzt, der als solcher gilt und damit über spezifische Mächte verfügt. Die Einsetzung ‚wahrer‘ Diskurse (die übrigens unablässig wechseln) ist eines der Grundprobleme des Abendlandes. Die Geschichte der ‚Wahrheit‘ – d.h. der Macht, die den als wahr akzeptierten Diskursen eigen ist, bleibt noch voll und ganz zu schreiben [...]“ (Foucault, 1978b, S. 178f.)

Bei der Analyse von Diskursen stellt die Einbindung des Diskurses in dessen Kontext ein wesentliches Moment dar. Für den innenpolitischen Sicherheitsdiskurs hat sich mit der Plenarentscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Bundeswehreinsatz im Innern im August 2012 allerdings der Kontext geändert. Hatte das Bundesverfassungsgericht in seinem bekannten Urteil zum Luftsicherheitsgesetz von 2006 dem Abschuss eines durch Terroristen entführten Flugzeugs und dem Einsatz der Bundeswehr im Innern mit militärischen Mitteln insgesamt noch eine deutliche Absage erteilt, revidierte das gemeinsame Plenum des Bundesverfassungsgerichts mit der neuen Entscheidung von 2012 zu Teilen das Urteil des ersten Senats.<sup>1</sup> Der Einsatz der Bundeswehr im Innern mit militärischen Mitteln ist nun in eng begrenzten Ausnahmefällen sowie als Ultima Ratio möglich und obliegt zudem der Anordnungscompetenz der Bundesregierung. Der Abschuss eines von Terroristen entführten und mit Passagieren besetzten Flugzeugs bleibt jedoch weiterhin ausgeschlossen. Da sich die vorliegende Arbeit allerdings dem Zeitraum von 2001 bis 2009 widmet, hat die Plenarentscheidung des Bundesverfassungsgerichts zunächst keinen unmittelbaren Einfluss auf die hier vorgenommene Analyse des innenpolitischen Sicherheitsdiskurses. Die Trennung von innerer und äußerer Sicherheit und damit auch der Verzicht auf den Einsatz der Bundeswehr im Innern mit militärischen Mitteln ist seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland ein Teil ihrer Sicherheitskultur. Mittelbar verdeutlicht die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts deshalb jedoch, wie sich über den von mir in der vorliegenden Arbeit analysierten Wandel des innenpolitischen Sicherheitsdiskurses nicht nur der Diskurseffekt der Verflechtung von innerer und äußerer Sicherheit über die diskursive Praxis der sicherheitspolitischen Akteure konstituiert, sondern auch, dass sich dieser mit

---

1 Vgl. Bundesverfassungsgericht – Pressestelle (17.08.2012): „Plenarentscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Einsatz der Streitkräfte im Innern („Luftsicherheitsgesetz“)“. Pressemitteilung Nr. 63/2012. Verfügbar unter: <http://www.bverfg.de/pressemitteilungen/bvg12-063> [11.11.2012].

der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts tatsächlich bereits auf höchster staatlicher Ebene institutionalisiert hat. Doch nicht nur dieser Diskurseffekt, sondern auch die drei weiteren in dieser Arbeit identifizierten Effekte – ‚die informationelle sicherheitspolitische Vernetzung‘, ‚die neue sicherheitspolitische Prävention‘ sowie ‚die Neugewichtung von Freiheit und Sicherheit‘ –, deren diskursive Konstruktion über verschiedene Diskursstrategien realisiert wird, illustrieren den sicherheitspolitischen Wandel seit 2001. Meine Analyse des innenpolitischen Sicherheitsdiskurses zielt im Sinne einer Foucaultschen Perspektivierung allerdings nicht auf die empirische Ermittlung von neuen Wahrheiten über das Politikfeld der Inneren Sicherheit oder die Beschreibung des Sprachgebrauchs, sondern auf das Sichtbarmachen der in diesem Politikfeld jeweils gültigen Wahrheiten und Bedeutungskonstruktionen sowie deren gesellschaftspolitische Konsequenzen. So kann in diesem Zusammenhang auf Christopher Daase verwiesen werden, der konstatiert: „Der unaufhaltsame Aufstieg des Sicherheitsbegriffs zur politischen Leitkategorie unserer Zeit verändert nicht nur den politischen Diskurs, sondern geht mit tiefgreifenden Veränderungen nationaler und internationaler Gesellschaftsstrukturen einher. Die wissenschaftliche Beschreibung und Erklärung dieser Entwicklung ist bislang aber rudimentär und selektiv geblieben“ (Daase, 2011, S. 59). Die vorliegende Arbeit ist deshalb auch eine Annäherung an die gegenwärtige Sicherheitskultur Deutschlands.

Dafür, dass es mir möglich war, diese Arbeit, vielmehr dieses Projekt, zu beginnen und fertigzustellen, möchte ich mich zunächst herzlich bei Alexander Roth und meiner Familie bedanken. Mein Dank gilt auch meinen Freunden und Kollegen an verschiedenen Orten meines bisherigen Wegs, die im Laufe der Zeit alle auf unterschiedliche Weise zum Gelingen beigetragen haben. Mein herzlichster Dank gilt zudem ganz besonders meiner Erstreferentin Prof. Dr. Adi Grewenig und meinem Korreferenten PD Dr. Wolfram Lamping. Adi Grewenig und Wolfram Lamping haben mich über die Jahre hinweg nicht nur fachlich begleitet und gefördert, sondern beide waren mir auch in menschlicher Hinsicht wegweisende Mentoren.

Berlin, im Dezember 2012  
Constance Pary Baban



# Inhaltsverzeichnis

<b>Abbildungs- und Tabellenverzeichnis .....</b>	<b>11</b>
<b>1 Einleitung.....</b>	<b>13</b>
1.1 Gegenstandskonturierung und Forschungsziele .....	13
1.2 Forschungsüberblick .....	20
1.3 Methodik .....	29
1.4 Aufbau der Arbeit.....	30
<b>2 Theoretische Vorüberlegungen .....</b>	<b>33</b>
2.1 Sprache als soziale Praxis – Sprache als politische Praxis.....	34
2.2 Das Diskurskonzept Michel Foucaults.....	45
2.3 Diskursanalyse in der Sprachwissenschaft .....	54
2.4 Diskursanalyse in der Politikwissenschaft.....	61
<b>3 Der sicherheitspolitische Diskurs – Konzeption und Analyse.....</b>	<b>69</b>
3.1 Die Diskursivität des Sicherheitspolitischen.....	71
3.1.1 Sicherheitspolitischer Diskurs und politischer Prozess.....	71
3.1.2 Sicherheitspolitische Akteure – Diskurspositionen, -gemeinschaften und -koalitionen .....	75
3.1.3 Sicherheitspolitischer Diskurs und Diskursstrategien .....	79
3.1.4 Zum Zusammenhang von sicherheitspolitischem Wandel und dem Wandel des sicherheitspolitischen Diskurses .....	91
3.2 Zur Analyse des innenpolitischen Sicherheitsdiskurses.....	96
3.2.1 Die Verortung des Diskurses .....	96
3.2.2 Die Kontextualisierung der Diskursfragmente.....	103
3.2.3 Die Analyse der Diskurseffekte .....	106
3.2.4 Zur Exploration des Wandels des innenpolitischen Sicherheitsdiskurses .....	107
<b>4 Annäherung an den innenpolitischen Sicherheitsdiskurs.....</b>	<b>109</b>
4.1 Verortung des innenpolitischen Sicherheitsdiskurses .....	109
4.2 Diskursiver Kontext I: Die parlamentarische Gesetzesberatung .....	114
4.3 Diskursiver Kontext II: Die Ermittlung der Diskurseffekte.....	116
4.4 Analyseverfahren .....	128
<b>5 Diskurseffekt I: Die Verflechtung von innerer und äußerer Sicherheit .....</b>	<b>133</b>
5.1 Sicherheit zwischen innerer und äußerer Sicherheit.....	133
5.2 9/11 – Ein Ereignis von innenpolitischer Relevanz .....	136

5.3	Die Policy-Intervention des Bundeswehreinsatzes im Innern.....	142
5.3.1	Die Diskursposition von CDU/CSU .....	145
5.3.2	Die Diskursposition der SPD .....	159
5.3.3	Die Diskursposition von Bündnis 90/Die Grünen.....	171
5.3.4	Die Diskursposition der FDP .....	177
5.3.5	Die Diskursposition von PDS/Die Linke .....	182
5.4	Die Normalisierung der Integration von innerer und äußerer Sicherheit .....	184
<b>6</b>	<b>Diskurseffekt II: Die informationelle sicherheitspolitische Vernetzung .....</b>	<b>195</b>
6.1	Innere Sicherheit zwischen Zentralismus und Föderalismus.....	195
6.2	Fehlende Vernetzung als Ursache für 9/11 .....	200
6.3	Die Policy-Intervention der informationellen Vernetzung .....	203
6.3.1	Die Diskursposition der SPD .....	205
6.3.2	Die Diskursposition von CDU/CSU .....	221
6.3.3	Die Diskursposition von Bündnis 90/Die Grünen.....	233
6.3.4	Die Diskursposition der FDP .....	235
6.3.5	Die Diskursposition von PDS/Die Linke .....	240
6.4	Die Denormalisierung des Trennungsgebots .....	242
<b>7</b>	<b>Diskurseffekt III: Die neue sicherheitspolitische Prävention.....</b>	<b>245</b>
7.1	Innere Sicherheit zwischen Rechtsstaat und Präventionsstaat .....	245
7.2	9/11 – Eine sicherheitspolitische Herausforderung für Deutschland .....	250
7.3	Die Policy-Intervention der sicherheitspolitischen Prävention .....	259
7.3.1	Die Diskursposition von CDU/CSU .....	260
7.3.2	Die Diskursposition der SPD .....	280
7.3.3	Die Diskursposition von Bündnis 90/Die Grünen.....	293
7.3.4	Die Diskursposition der FDP .....	304
7.3.5	Die Diskursposition von PDS/Die Linke .....	309
7.4	Die Normalisierung des starken Staates .....	312
<b>8</b>	<b>Diskurseffekt IV: Die Neugewichtung von Freiheit und Sicherheit .....</b>	<b>319</b>
8.1	Innere Sicherheit zwischen Freiheit und Sicherheit .....	319
8.2	9/11 – Ein Angriff auf die westlichen Werte .....	323
8.3	Die Policy-Intervention der Erhöhung von Sicherheit.....	328
8.3.1	Die Diskursposition von CDU/CSU .....	329
8.3.2	Die Diskursposition der SPD .....	332
8.3.3	Die Diskurspositionen der anderen Fraktionen.....	334
8.4	Die Normalisierung des Grundrechts auf Sicherheit .....	336
<b>9</b>	<b>Die Exploration des Wandels des innenpolitischen Sicherheitsdiskurses ..</b>	<b>341</b>
<b>10</b>	<b>Ausblick .....</b>	<b>349</b>
	<b>Literaturverzeichnis.....</b>	<b>351</b>

## Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

<i>Abbildung 1:</i>	Das Dreieck der Argumentativen Diskursanalyse.....	66
<i>Abbildung 2:</i>	Der idealtypische Policy-Cycle .....	72
<i>Abbildung 3:</i>	Protonormalistische Diskursstrategie .....	85
<i>Abbildung 4:</i>	Flexibel-normalistische Diskursstrategie.....	85
<i>Abbildung 5:</i>	Das erweiterte Schema der politischen Kollektivsymbolik.....	89
<i>Abbildung 6:</i>	Was ist der Diskurs?.....	97
<i>Abbildung 7:</i>	Diskursebenen.....	98
<i>Abbildung 8:</i>	Interdiskursive und intertextuelle Beziehungen zwischen Diskursen, Diskursthemen, Genres und Texten .....	100
<i>Abbildung 9:</i>	Diskurs als soziale Praxis: Eine Systematisierung von politischen Handlungsfeldern, Textsorten und Diskursthemen.....	101
<i>Abbildung 10:</i>	Text/Kontext-Modell .....	104
<i>Abbildung 11:</i>	Diskursfragmente des innenpolitischen Sicherheitsdiskurses im diskursiven Kontext .....	105
<i>Abbildung 12:</i>	Verschwimmende Trennung von Innen und Außen.....	119
<i>Abbildung 13:</i>	Die konzentrischen Kreise des Dschihadismus.....	211
<i>Tabelle 1:</i>	Diskursstrategien auf Makro-, Meso- und Mikroebene.....	81
<i>Tabelle 2:</i>	Analysedimensionen.....	106
<i>Tabelle 3:</i>	Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung seit dem 11. September 2001 ..	110
<i>Tabelle 4:</i>	Diskursfragmente des innenpolitischen Sicherheitsdiskurses 2001–2009 ..	112
<i>Tabelle 5:</i>	Staatliche Gewährleistung von innerer Sicherheit .....	117
<i>Tabelle 6:</i>	Diskursverschränkung I.....	139
<i>Tabelle 7:</i>	Diskursverschränkung III a.....	253
<i>Tabelle 8:</i>	Diskursverschränkung III b.....	255
<i>Tabelle 9:</i>	Diskursverschränkung IV .....	325

# 1 Einleitung

## 1.1 Gegenstandskonturierung und Forschungsziele

Die Bedrohung durch den transnationalen Terrorismus bestimmt ein Jahrzehnt nach den Anschlägen vom 11. September 2001 (9/11) auf das World Trade Center in New York City sowie das US-Verteidigungsministerium in Arlington, Virginia, noch immer die internationale sicherheitspolitische Agenda. Weitere Ereignisse in den vergangenen Jahren trugen diese ‚neue‘ Form der terroristischen Bedrohung näher an die Bundesrepublik Deutschland heran – zunächst nach Europa (so zum Beispiel die Anschläge von Madrid im Juni 2004 sowie die Bombenanschläge in London im Juli 2005) und dann nach Deutschland selbst (so zum Beispiel die vereitelten Kofferbombenanschläge 2006 und die Festnahme der sogenannten Sauerlandgruppe 2007).

Für Ulrich Schneckener ist 9/11 „[i]n der Geschichte des Terrorismus [...] ein Superlativ ohne Präzedenz.“ (Schneckener, 2006, S. 12) So konstatiert er für die Anschläge: „Sie verweisen auf eine neue globale Dimension des Terrorismus und stehen sinnbildlich für eine weltpolitische Zäsur.“ (ebd.) Aber was macht das ‚Neue‘ an dieser Form des Terrorismus aus? Nach Schneckener kann das Neue anhand von vier Dimensionen plausibilisiert werden: die destruktive, die mediale, die operative sowie die weltpolitische Dimension (vgl. ebd., S. 14). Für die destruktive Dimension konstatiert er, dass 9/11 bis dato der Anschlag ist, bei dem die größte Todeszahl zu verzeichnen war (offiziell: 3066 Tote, außerdem mehrere zehntausend Verletzte) und der größte ökonomische Schaden entstanden ist (geschätzt 40 Milliarden US-Dollar durch die Zerstörung des World Trade Centers selbst und nach Angaben der Weltbank weitere 80 Milliarden Dollar aufgrund direkter und indirekter Auswirkungen des Anschlags) (vgl. ebd., S. 12f.). In diesem Zusammenhang verweist Schneckener auf das Diktum des Terrorismusforschers Brian Jenkins „Terrorists want a lot of people watching and a lot of people listening and not a lot of people dead“ (Jenkins, 1975, S. 15; zitiert nach Schneckener, 2006, S.13) und betont, dass es im Gegensatz dazu „den Terroristen vom 11. September nicht allein um ein Maximum an Aufmerksamkeit, sondern offenbar auch um ein Maximum an Opfern und Zerstörung [ging].“ (ebd.) Für die mediale Dimension verweist er auf die Live-Bilder des Anschlags: „Während man in der Regel bei Terrorakten die Folgen, aber nicht den Anschlag selbst sieht, konnte am 11. September die Weltöffentlichkeit in Echtzeit am Bildschirm verfolgen, wie das zweite Passagierflugzeug

in den Südturm des World Trade Center raste [...]. Hinzu kommt die Live-Übertragung der einstürzenden Twin Tower und der verzweifelten Rettungsaktion“ (ebd.). Die Besonderheit der operativen Dimension sieht er in „Umfang und Ausführung der Operation“ (ebd.), denn diese erforderten „eine jahrelange Planung und umfassende Koordination“ (ebd.). Dass mit 9/11 erstmals ein von außen geplanter terroristischer Anschlag in den USA realisiert wurde, macht für Schneckener die weltpolitische Dimension aus (vgl. ebd., S. 14). Denn so handelte es sich dabei „um einen Angriff auf die Weltmacht Nummer eins“ (ebd.): „Mit ihrer Operation setzten die 19 Attentäter ein weltpolitisches Ausrufezeichen, indem sie die globale Vormachtstellung der USA attackierten und entsprechende Reaktionen provozierten.“ (ebd.) Um die politischen Gegenreaktionen zu beschreiben, recurriert Schneckener auf den sogenannten ‚Global War on Terror‘ und führt dazu aus: „Sie [die Anschläge, Anmerkung der Verfasserin] provozierten eine Gegenreaktion unter dem Stichwort *Global War on Terror*, die mit erheblichen Folgen für Bedrohungs- und Risikoanalysen, für das ordnungspolitische Gefüge in nahezu allen Weltregionen und für diverse Politikfelder verknüpft ist.“ (ebd., Hervorhebung im Original)

Diese ‚neue‘ Form der terroristischen Bedrohung wirkt sich auch entsprechend auf die Sicherheitspolitik der Staaten aus und bringt deshalb ‚neue‘ Formen der politischen Bearbeitung dieser Bedrohung durch die sicherheitspolitischen Akteure hervor. Mit Blick auf die Innenpolitik der Bundesrepublik Deutschland geht diese Veränderung der sicherheitspolitischen Lage seit 9/11 mit einer veränderten innenpolitischen Sicherheitsdebatte einher, die unter anderem auf die Effizienz der deutschen Sicherheitsarchitektur abzielt – sowohl in Bezug auf außen- und verteidigungspolitische Aspekte, als auch in Bezug auf innenpolitische. Letztere findet Hans-Jürgen Lange zufolge ihren Höhepunkt in der politischen Forderung nach einer „neuen Sicherheitsarchitektur“ (Lange, 2005, S. 3).<sup>2</sup> Diese ‚neue Sicherheitsarchitektur‘ impliziert den „völligen Umbau des deutschen Sicherheitssystems“ (ebd.): „Es geht nicht mehr um reine Kompetenzverschiebungen, zulasten der einen Behörde, zugunsten einer anderen Behörde, sondern es geht um die Frage, ob ein ‚Systemwechsel‘ des deutschen Sicherheitssystems vorgenommen werden soll.“ (ebd.) Darüber hinaus wird mit dem Terminus des ‚erweiterten Sicherheitsbegriffs‘ eine zunehmende Verschränkung von innen- und außenpolitischer Sicherheit gefordert (vgl. ebd.; siehe dazu auch Heinrich/Lange, 2009). Bisherige Grundsätze der deutschen Sicherheitsarchitektur – wie die Trennung von innerer und äußerer Sicherheit sowie die Trennung von Polizei und Geheimdiensten (das sogenannte

---

2 Zwar spielt die Forderung nach einer neuen Sicherheitsarchitektur auch mit Blick auf außen- und verteidigungspolitische Aspekte eine zentrale Rolle, innerhalb dieser Arbeit ist jedoch die innenpolitische Debatte um die deutsche Sicherheitsarchitektur relevant. Für eine außen- und verteidigungspolitische Diskussion zur deutschen Sicherheitsarchitektur siehe zum Beispiel die Herausgeber-schrift von Glawe, 2009. Für eine innenpolitische Bestandsaufnahme siehe Hansen, 2009.

Trennungsgebot) –, welche die Politik der Inneren Sicherheit seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland historisch begründet prägen, stehen seit 9/11 vermehrt zur Diskussion. Zudem gibt es Rufe nach einem ‚starken Staat‘, der entschlossen gegen die Bedrohung des internationalen Terrorismus vorgeht – auch ist die Rede von einem Grundrecht beziehungsweise einem Bürgerrecht auf Sicherheit.

Neben der Debatte um die strukturellen Veränderungen der Sicherheitsarchitektur, wie sie sich in der angeführten Forderung nach einer ‚neuen Sicherheitsarchitektur‘ sowie der Diskussion um einen ‚erweiterten Sicherheitsbegriff‘ manifestiert, ist die innenpolitische Sicherheitsdebatte seit 9/11 deshalb auch von normativen Aspekten geprägt, die sich insbesondere auf die Fragen zum Verhältnis von innerer Sicherheit und Freiheitsrechten sowie auf die sicherheitspolitische Rolle des Staates beziehen. Im Hinblick auf die materielle Politikveränderung im Feld der Inneren Sicherheit schlagen sich die politischen Reaktionen auf die Anschläge von 9/11 in zahlreichen bundespolitischen Gesetzgebungen zur Inneren Sicherheit nieder. Der wissenschaftliche Dienst des Bundestags verzeichnet für den deutschen Gesetzgeber seit 9/11 mehr als 25 Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung<sup>3</sup> und weist als „Kernelemente dieser ‚neuen Sicherheitsarchitektur‘“ (Menzenbach/Janzen, 2009, S. 1) das Terrorismusbekämpfungsgesetz (2002) sowie das Terrorismusbekämpfungsergänzungsgesetz (2007) aus (vgl. ebd.). Insgesamt zeichnen sich im Rekurs auf Lange für den Bereich der inneren Sicherheitspolitik des Bundes – verstärkt seit 9/11 – vier Tendenzen ab: Zentralisierung, Relativierung des Trennungsgebots, Verschärfung der Sicherheitsgesetze und Zunahme der gesellschaftlichen Kontrolle (vgl. Lange, 2008, S. 65ff.).

Blickt man zurück auf die politischen Ereignisse der 1970er Jahre und die Konfrontation der Bundesrepublik Deutschland mit der ‚Roten Armee Fraktion‘ (RAF) ist das Phänomen ‚Terrorismus‘ für die Bundesrepublik nicht grundsätzlich neu. Jedoch kann im Verweis auf Lange konstatiert werden, dass die gegenwärtige Sicherheitspolitik nicht die durch die Anschläge in London und Madrid deutlich gewordene „neue Qualität des Terrorismus“ (Lange, 2005, S. 3) berücksichtigt (vgl. ebd.). Denn, so macht er deutlich, „[d]ie Anschläge von Madrid, mehr noch die Anschlagsserie von London, haben gezeigt, dass die Angriffe nicht von straff und hierarchisch durchorganisierten Terrororganisationen herkömmlicher Art, wie sie beispielsweise für die IRA, die ETA, die Roten Brigaden oder die RAF typisch waren, durchgeführt werden.“ (ebd.) Daraus ergibt sich seiner Analyse nach folgendes Problem:

---

3 Die Maßnahmen werden unterschieden in „innerstaatliche Bundesgesetze und Maßnahmen“ sowie „Zustimmungsgesetze zu internationalen Abkommen (ohne Ausführungsgesetze)“ (Menzenbach/Janzen, 2009, S. 2).

„Die gegenwärtige Sicherheitspolitik geht aber von eben diesen straff organisierten Täterstrukturen aus und greift demzufolge zu Mitteln, wie sie im Prinzip bereits in den 70er Jahren gegen die RAF eingesetzt wurden. Dementsprechend werden immer neue Forderungen gestellt, die Sicherheitsgesetze zu erweitern, die Sicherheitsbehörden massiv auszubauen bis hin zu dem Punkt, auch die Bundeswehr im Inneren einsetzen zu wollen.“ (ebd., S. 3f.)

Sämtliche dieser innenpolitischen Entwicklungen und sicherheitspolitischen Diskussionspunkte sind jedoch nicht lediglich als Folge von 9/11 Thema gesellschaftlicher und politischer Auseinandersetzung; auch davor gab es innenpolitische Sicherheitsdebatten und Gesetzgebungen mit zwar jeweils unterschiedlichen Schwerpunkten, aber dennoch ähnlichen Einflüssen auf die Ausrichtung der inneren Sicherheitspolitik Deutschlands. Zum Beispiel standen in den 1980er Jahren Themen wie die Volkszählung, die Einführung des maschinenlesbaren Personalausweises sowie die sogenannten Sicherheitsgesetze im Mittelpunkt der Diskussion zur Bundespolitik der Inneren Sicherheit (siehe dazu zum Beispiel Kutscha/Paech, 1986; Hirsch, 1986; Bull, 1987), während dann in den 1990er Jahren im Bereich der inneren Sicherheitspolitik vor allem der Kampf gegen die Organisierte Kriminalität auf der Agenda stand (siehe dazu zum Beispiel Gössner, 1995). Ende der 1990er Jahre wurde die innenpolitische Agenda von der kontrovers geführten Diskussion um die akustische Wohnraumüberwachung dominiert. „Der ‚Lauschangriff‘ zur Beweismittelgewinnung“ (Müller, 2000, S. 2) wurde 1998 mit der Änderung von Artikel 13 des Grundgesetzes (GG) ermöglicht und mit dem Gesetz zur Verbesserung der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität umgesetzt (vgl. ebd.). Seit 2001 ist es die Bedrohung durch den transnationalen Terrorismus, die die innenpolitische Agenda bestimmt. Legt man die auch schon vor 9/11 kritische Auseinandersetzung mit den Entwicklungen im Politikfeld der Inneren Sicherheit zugrunde, kann 9/11 auf dieser Folie nicht als primäre Ursache für die skizzierten Entwicklungen im Bereich der inneren Sicherheitspolitik gesehen, sondern muss vielmehr als „Katalysator“ (Lange, 2008, S. 66) begriffen werden, der den Entwicklungen in diesem Politikfeld eine neue Dynamik verliehen hat.

Die mit 9/11 einhergehende materielle Politikveränderung im Bereich der Inneren Sicherheit (siehe dazu zum Beispiel Hansen, 2009; Klee, 2010; Lange, 2008, 2005) zeigt, dass das System der Inneren Sicherheit in Deutschland im Wandel begriffen ist. Dieser Wandel, so meine These, wird dabei sprachlich realisiert und vorangetrieben, denn, wie Christopher Daase hervorhebt: „Sicherheitspolitik betreibt, wer die Bedrohung definiert.“ (Daase, 1993, S. 45) Der Umstand, dass ‚der‘ Terrorismus eine eher unspezifische Bedrohung darstellt, kann auf Seiten der Bevölkerung Unsicherheit und den Wunsch nach absoluter Sicherheit bestärken und bietet auf Seiten der Politik – über die Parteigrenzen hinweg – großen Spielraum für ‚symbolische Politik‘ (siehe dazu Edelman, 1971, 1964; Sarcinelli, 1987) in einem Wettbewerb um das beste Sicherheitskonzept zum Schutz der Bevölkerung. Dabei

können im Rekurs auf Ulrich Sarcinelli und Lange die Dimensionen von symbolischer Politik identifiziert werden. Sarcinelli konstatiert für dieses Konzept:

„Während ‚politische Symbolik‘ die kommunikativen, zumeist sprachlichen, Stimuli meint, derer sich die Akteure bedienen, wird von ‚symbolischer Politik‘ immer dann gesprochen, wenn das prozeßhafte Handeln, also der politisch-strategische Verwendungszusammenhang im Kommunikationsablauf Gegenstand der Analyse ist.“ (Sarcinelli, 1987, S. 9)

Lange bringt den Zusammenhang von innerer Sicherheitspolitik und symbolischer Politik auf den Punkt und konstatiert:

„Der Staat steht unter dem selbst erzeugten Druck, Handlungsfähigkeit in der Inneren Sicherheit zu demonstrieren. Seine Wirkungsmöglichkeiten sind allerdings aufgrund der komplizierten Zusammenhänge begrenzt. Die Ausweichmöglichkeiten, die sich bieten, liegen in der symbolischen Politik. Staat und Politik demonstrieren Härte, verschärfen Gesetze in einem Tempo, dass sie zunehmend parlamentarische Rechte verletzen, im Ergebnis oftmals ungereimt sind und vor Gericht keinen Bestand haben.“ (Lange, 2006a, S. 103)

Auch die von Lange beschriebene Form symbolischer Politik, zum Beispiel als die Demonstration von Härte oder legislativem Aktionismus, findet nicht in einem kommunikationslosen Raum statt. In der öffentlichen Darstellung ist Sicherheitspolitik im Allgemeinen und innere Sicherheitspolitik im Konkreten mehr als andere Politikbereiche auf Kommunikation – dies bedeutet, auf die sprachliche Realisierung und Vermittlung von Politik – angewiesen. Mit Blick auf den Zusammenhang von Sprache und Politik ist jedoch zu betonen, dass grundsätzlich kein Politikbereich ohne eine sprachliche Vermittlung und Legitimation von Politik auskommt. Nach Martin Greiffenhagen wird mittels Sprache politische Herrschaft ausgeübt (vgl. Greiffenhagen, 1980b, S. 12ff.), denn „[w]er die Dinge benennt, beherrscht sie. Definitionen schaffen ‚Realitäten‘. Wer definiert, greift aus der Fülle möglicher Aspekte einen heraus, natürlich denjenigen, der ihm wichtig erscheint.“ (ebd., S. 12) Dennoch: Sicherheitspolitik ist zu ihrer Durchsetzung aufgrund ihrer abstrakten Bezugsgröße – der Herstellung von Sicherheit vor inneren und äußeren Gefahren – mehr als andere Politikbereiche von Sprache abhängig: Weder kann man ein Unsicherheitsgefühl der Menschen mit politischen Entscheidungen und Gesetzgebungen gänzlich ‚wegregieren‘, noch Sicherheit grundsätzlich durch politische Entscheidungen erlebbar machen. Neben materiellen politischen Entscheidungen müssen (Un-)Sicherheit sowie mögliche Bedrohungen in der Öffentlichkeit vielmehr sprachlich konstruiert und zugleich sprachlich eine Legitimationsbasis für die politischen Entscheidungen geschaffen werden. Um dies zu plausibilisieren, lohnt der



Verweis auf ‚den‘ Sicherheitsbegriff. Denn schon allein die Frage danach, was der Begriff ‚Sicherheit‘ eigentlich bedeutet, kann nicht pauschal beantwortet werden.<sup>4</sup> Sicherheit ist und bleibt ein abstraktes Gut, dessen Bedeutung im öffentlichen Diskurs konstruiert wird beziehungsweise werden muss. Am ehesten lässt sich der Begriff über seine lateinische Wortherkunft ‚securitas‘ verstehen – dieser Begriff bedeutet neben ‚Sicherheit‘ auch ‚Sorglosigkeit‘. Sicherheit kann so nicht nur, wie häufig formuliert, als die Abwesenheit von Gefahr (siehe dazu zum Beispiel Kaufmann, 1970), sondern zudem als ein Zustand der Sorglosigkeit verstanden werden. Sicherheitspolitik zielt somit im Idealfall auf die Herstellung eines größtmöglichen Zustands der Sorglosigkeit, denn ‚totale Sicherheit‘, wie manche sie fordern, ist nicht nur illusorisch, sondern wäre auch das Ende einer jeden freiheitlichen Rechtsordnung.

Der vorausgehend skizzierte Wandel im Politikfeld der Inneren Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland seit 9/11 muss deshalb – so meine These – zunächst sprachlich realisiert und damit konstruiert worden sein, indem zum Beispiel das Ereignis 9/11 in seiner Relevanz für die Bundesrepublik gedeutet wurde sowie verschiedene Bedrohungsszenarien und deren sicherheitspolitische Bearbeitung von den sicherheitspolitischen Akteuren entworfen wurden. Basierend auf einem an Michel Foucault orientierten diskurstheoretischen Verständnis begreife ich diesen Wandel deshalb explizit als ‚diskursive Konstruktion‘, die über eine Analyse des innenpolitischen Sicherheitsdiskurses ergründet werden kann. Der Bereich der Inneren Sicherheit lässt sich zu denjenigen Politikbereichen zählen, in dem die politischen Akteure essentiell darauf angewiesen sind, analog zu materiellen Politikentscheidungen mit Sprache zu regieren: Bedrohungen müssen definiert, sicherheitspolitische Lösungen formuliert und die Herstellung und der Zustand von Sicherheit der Bevölkerung gegenüber bekundet werden. Neben materiellen politischen Maßnahmen muss dies alles zunächst und auch fortlaufend sprachlich realisiert werden. Den sicherheitspolitischen Wandel als diskursive Konstruktion zu begreifen und über die Analyse des innenpolitischen Sicherheitsdiskurses zu erfassen, trägt diesem skizzierten Zusammenhang von Sprache und Sicherheitspolitik Rechnung.

Grundsätzlich liegt der theoretische Ausgangspunkt für diskursanalytische Arbeiten in den Sozialwissenschaften in dem von Reiner Keller wie folgt formulierten Grundkonsens (vgl. Keller, 2007, S. 7), „dass die Beziehungen der Menschen zur Welt durch kollektiv erzeugte symbolische Sinnsysteme oder Wissensordnungen vermittelt werden.“ (ebd.) Keller hebt in diesem Kontext für ‚das‘ Diskurskonzept hervor: „Der Bezug auf den Begriff ‚Diskurs‘ erfolgt dann, wenn sich die theoreti-

---

4 Siehe zur Diskussion des Sicherheitsbegriffs in den Politikwissenschaften auch Endreß/Petersen, 2012.

schen Perspektiven und die Forschungsfragen auf die Konstitution und Konstruktion von Welt im konkreten Zeichengebrauch und auf zugrunde liegende Strukturmuster oder Regeln der Bedeutungs(re-)produktion beziehen.“ (ebd.) Der von mir mit dieser Arbeit verfolgte Ansatz zur Analyse des innenpolitischen Sicherheitsdiskurses hebt vor diesem Hintergrund darauf ab, die Relevanz von Diskurs und Sprache für die „Bedeutungs(re-)produktion“ im Politikfeld der Inneren Sicherheit hervorzuheben. Aus diskurstheoretischer Sicht sind Texte und Aussagen generell Träger von gesellschaftlichem Wissen und elementare Bestandteile von Diskursen (vgl. zum Beispiel Jäger, 1993). In Konsequenz bedeutet dies, dass Sprache und Texte in einer erweiterten Perspektivierung, die durch den Begriff ‚Diskurs‘ zum Ausdruck kommt, grundlegend für die Deutung gesellschaftlicher Wirklichkeit sind. Mit Sprache – im weitesten Sinne – wird Sicherheitspolitik nicht ‚nur‘ kommuniziert beziehungsweise vermittelt, sondern mit Sprache wird das, was sicherheitspolitisch relevant (aber auch irrelevant!) ist, erst konstituiert.

An diese Gegenstandskonturierung anknüpfend verfolge ich mit der vorliegenden interdisziplinär angelegten sprach- und politikwissenschaftlichen Arbeit drei übergeordnete Forschungsziele: Erstens die theoretische Konzeptualisierung des sicherheitspolitischen Diskurses über die Plausibilisierung der Diskursivität des Sicherheitspolitischen, zweitens eine methodologische Konzeptualisierung des sicherheitspolitischen Diskurses über die Entwicklung eines triangulativen Ansatzes zur Analyse des innenpolitischen Sicherheitsdiskurses. Sodann soll dieser Ansatz es drittens ermöglichen, die diskursive Konstruktion des sicherheitspolitischen Wandels seit 9/11 in der Bundesrepublik zu rekonstruieren. Als triangulative Analyse des innenpolitischen Sicherheitsdiskurses konzeptualisiert, ist diese Arbeit deshalb keine Untersuchung der nicht-sprachlichen sicherheitspolitischen Praxis, die nach Jäger als „nicht-diskursive Praxis“ (Jäger, 2006a, S. 84) zu begreifen ist. Vielmehr ist sie eine Analyse der „diskursiven Praxis“ (ebd.) der sicherheitspolitischen Akteure seit 9/11, welche die Grundlage für die nicht-diskursive sicherheitspolitische Praxis darstellt.<sup>5</sup> Die Auswahl des Analysekorpus trägt dieser Differenzierung von diskursiver und nicht-diskursiver sicherheitspolitischer Praxis Rechnung und definiert zugleich den Untersuchungszeitraum: Das Material umfasst primär die Bundestagsberatungen zu zentralen Gesetzgebungen im Politikfeld der Inneren Sicherheit unter den drei Bundesregierungen – SPD und GRÜNE, die sogenannte rot-grüne Koalition (2001 bis 2002 und 2002 bis 2005), sowie SPD und CDU/CSU, die sogenannte Große Koalition (2005 bis 2009), – sowie die Wahlprogramme der Parteien zu den jeweiligen Bundestagswahlen.

---

5 Jäger unterscheidet die ‚diskursive Praxis‘ als „Sprechen und Denken auf der Grundlage von Wissen“ (Jäger, 2006a, S. 84) von der ‚nicht-diskursiven Praxis‘, die er als „Handeln auf der Grundlage von Wissen“ (ebd.) begreift.

Die Auswahl des Untersuchungszeitraums und damit auch zugleich die Entscheidung für die Nicht-Berücksichtigung der Regierungskoalition von CDU/CSU und FDP seit 2009 gründet darauf, dass mit dem Zeitraum von 2001 bis 2009 drei abgeschlossene Legislaturperioden erfasst werden können und sowohl unter Rot-Grün als auch zur Zeit der Großen Koalition zahlreiche, zum Teil auch verfassungsrechtlich umstrittene, Gesetze zur Abwehr von Terrorismus verabschiedet worden sind – so seien hier zum Beispiel erwähnt: das Luftsicherheitsgesetz als Artikel I des Gesetzes zur Neuregelung von Luftsicherheitsaufgaben von 2005, das Gemeinsame-Dateien-Gesetz von 2006, welches mit Artikel I die sogenannte Antiterrordatei schuf (Antiterrordateigesetz, ATDG), das Gesetz zur Neuregelung der Telekommunikationsüberwachung von 2007 (die sogenannte Vorratsdatenspeicherung) sowie zum Beispiel auch die Reform des BKA-Gesetzes von 2008, welches unter anderem die Online-Durchsuchung mithilfe eines sogenannten Bundestrojans ermöglicht (Gesetz zur Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus durch das Bundeskriminalamt).

Mein Vorhaben, einen triangulativen Ansatz zur Analyse des innenpolitischen Sicherheitsdiskurses zu entwickeln, trägt dem Umstand Rechnung, dass die Arbeiten des französischen Philosophen Michel Foucault, auf die sich eine Vielzahl der diskursanalytischen Herangehensweisen in den Sozialwissenschaften beziehen, selbst keine explizite diskursanalytische Methode, sondern „kleine Werkzeugkisten“ (Foucault, 1976b, S. 53) darstellen. Denn dies hat – wie nachstehend im Forschungsüberblick skizziert – zur Folge, dass der Rekurs auf seine Werkzeugkisten sowie die entwickelten diskursanalytischen Ansätze in den Sozialwissenschaften durchaus unterschiedlich ausfallen und zu Teilen auf die einzelnen Disziplinen beschränkt bleiben. Insbesondere das Vorhaben der Analyse von politischen Diskursen profitiert jedoch von einer interdisziplinären Herangehensweise, die sinnvoll spezifische Aspekte sprach- und literaturwissenschaftlicher sowie politikwissenschaftlicher Theorien und Methoden bündelt. Gleiches gilt für die Konkretisierung einer Analyse des politischen Diskurses im Politikfeld der Inneren Sicherheit.

## 1.2 Forschungsüberblick

Diskursanalytische Arbeiten, die den Wandel der inneren Sicherheitspolitik seit 9/11 vor einem sprach- und politikwissenschaftlichen Hintergrund explizit als diskursives Konstrukt untersuchen, sind bisher nicht vorgelegt worden. Allerdings existieren mit den im Folgenden angeführten Arbeiten aus der sprachwissenschaftlich fundierten ‚Kritischen Diskursanalyse‘ umfassende theoretische und methodologische Arbeiten, welche die Funktion von ‚Diskurs‘ bei der Konstruktion von sozialer, gesellschaftlicher und politischer Wirklichkeit bereits plausibel gemacht haben. Darüber hinaus liegen mit Studien aus dem Bereich der diskursiven Policy-

Analyse, die explizit vor einem politikwissenschaftlichen Hintergrund auf ‚das‘ Diskurskonzept rekurrieren, ebenfalls umfassende theoretische und methodologische Arbeiten vor. Vor diesem Hintergrund zeige ich im Folgenden zunächst auf, welcher Stellenwert den Arbeiten Foucaults in den Geistes- und Sozialwissenschaften, insbesondere in der Sprach- und Politikwissenschaft – zukommt. Anschließend nähere ich mich dann der Perspektive, Sicherheitspolitik in Deutschland im Rückgriff auf eine diskursanalytische Herangehensweise zu erforschen.

‚Diskurs‘ im Allgemeinen und ‚Foucault‘ im Besonderen scheinen generell ‚in Mode‘ zu sein – und dies nicht nur bei den Wissenschaftlern, die sich explizit auf Foucault berufen. Auch einige derjenigen, die dies nicht tun, scheinen genau zu wissen, worum es Foucault in und mit seinen Arbeiten ging; zumindest hat man sich eine (kritische) Meinung über ihren Sinn oder Unsinn gebildet. Auch für diejenigen, die sich explizit auf Foucault beziehen, gilt, dass die Art und Weise, wie die Gedanken Foucaults innerhalb ihrer Arbeiten rezipiert, aufgeführt und umgesetzt werden, dabei erheblich variiert. Dies mag vor allen Dingen daran liegen, dass Foucault nicht die Absicht verfolgte, seine Gedanken in ein starres Korsett zu pressen, oder gar für die von ihm entwickelten und verwendeten Terminologien eine Art Nomenklatur geliefert hat. Mit Blick auf die Frage, was das Besondere an Foucault und seinen Arbeiten ist, kann exemplarisch auf den Althistoriker und längjährigen Weggefährten Foucaults Paul Veyne verwiesen werden. Dieser sieht in Foucault einen „Skeptiker“, den er wie folgt beschreibt:

„Der Skeptiker ist ein Doppelwesen. Solange er denkt, steht er außerhalb des Glases und betrachtet die Fische, die dort ihre Kreise ziehen. Aber da er sehr wohl auch leben muss, schwimmt er, selbst Fisch, wieder im Glas, um zu entscheiden, welchem Kandidaten er bei den nächsten Wahlen seine Stimme geben soll (ohne allerdings seiner Entscheidung einen Wahrheitswert beizumessen). Der Skeptiker ist sowohl ein Beobachter, der sich außerhalb des Glases befindet, das er in Zweifel zieht, als auch zugleich einer der Goldfische. Eine Doppelung, die nichts Tragisches an sich hat.“ (Veyne, 2009, S. 8)

Diese Form des Skeptizismus durchdringt Foucaults Arbeiten und manifestiert sich insbesondere in seiner Opposition zu allgemeingültigen Wahrheiten und Universalien sowie dem ständigen ‚Kratzen‘ an der Oberfläche der Dinge. François Ewald konturiert das Spezifische der Foucaultschen Arbeitsweise und gibt damit zugleich Hinweise auf das Besondere der Werke Foucaults:

„Geduldige und minutiöse Arbeit des Archäologen und Genealogen, bei der es nicht darum geht, nach dem Universalen, Zeitlosen, Ewigen in uns, in unserer Natur, unserem Unbewußten oder gar unserem Körper zu forschen, nach einer ursprünglichen, vergessenen, verborgenen und verdrängten Wahrheit, die zu befreien wäre und die von Zeit zu Zeit in den Lärm der Geschichte einbrechen würde, sondern im Gegenteil darum, in jeder der Figuren, in denen wir uns erkannt haben, etwas Transitorisches, Singuläres und Sterbliches aufzuzeigen. Eine kritische Arbeit, mit der Foucault die oftmals

beschämende und immer säkulare Herkunft unserer Gewißheiten, unserer Überzeugungen und unserer Wahrheiten aufdeckt.“ (Ewald, 1978, S. 7)

Nach Ewald ist Foucaults Arbeit eine Demontage der uns produzierenden und konstituierenden Unterwerfungen (vgl. ebd.): Foucault „befreit [...] neue Denkräume, neue Möglichkeiten, und zeichnet als Hohlform die Perspektive einer neuen Zukunft.“ (ebd.) Allerdings wird den Ausführungen Ewalds folgend deutlich, dass Foucault hierbei keinesfalls die Position desjenigen einnimmt, der seine eigene ‚Wahrheit‘ verkünden möchte – im Gegenteil. So führt er an:

„Bemerkenswert aber ist, daß Foucault, wenn diese Räume einmal erschlossen sind, sich weigert, von ihnen Besitz zu ergreifen. Foucault liefert uns keine Theorie, er produziert keine Thesen, allenfalls zu verifizierende Hypothesen.“ (ebd., S. 7f.)

Treffend hat Foucault seine Bücher selbst einmal als „kleine Werkzeugkisten“ beschrieben:

„Alle meine Bücher [...] sind, wenn Sie wollen, kleine Werkzeugkisten. Wenn die Leute sie aufmachen wollen und diesen oder jenen Satz, diese oder jene Idee oder Analyse als Schraubenzieher verwenden, um die Machtsysteme kurzzuschließen, zu demontieren oder zu sprengen, einschließlich vielleicht derjenigen Machtsysteme, aus denen diese meine Bücher hervorgegangen sind – nun gut, umso besser.“ (Foucault, 1976b, S. 53)

Die Beschreibung seiner Arbeiten als Werkzeugkisten weist einerseits auf eine prinzipiell produktive Offenheit seiner Ideen und einzelnen Werke (als Werkzeuge!) hin; andererseits evoziert sie jedoch auch die Kritik der Willkürlichkeit – insbesondere in methodischer Sicht. Sofern man die ‚Werkzeugkisten-Metapher‘ Foucaults jedoch gedanklich weiterspinnt, ist nicht zwingend an Willkürlichkeit zu denken: Nicht jedes Werkzeug lässt sich auf jeden beliebigen Gegenstand anwenden und bei der Anwendung des jeweiligen Werkzeugs ist – auch trotz einer grundsätzlichen Offenheit – eine gewisse Regelmäßigkeit einfach nicht zu negieren. Foucaults Arbeit selbst, so könnte man sagen, trug immer wieder dazu bei, die Kisten mit neuen Werkzeugen zu füllen oder das eine oder andere durch ein zu einem bestimmten Zeitpunkt adäquater erscheinendes Werkzeug zu ersetzen. So schreibt er in der Einleitung der „Archäologie des Wissens“ (Foucault, 1997 [1969]):

„Man frage mich nicht, wer ich bin, und man sage mir nicht, ich solle der gleiche bleiben: das ist eine Moral des Personenstandes; sie beherrscht unsere Papiere. Sie soll uns frei lassen, wenn es sich darum handelt, zu schreiben.“ (ebd., S. 30)

Foucaults Arbeiten und Analysen zeichnen sich weniger dadurch aus, dass sie darauf ausgerichtet sind, einmal entwickelte ‚Methoden‘ – Foucault selbst würde dieses Wort wahrscheinlich zurückweisen – und Konzepte ein für alle Mal auf Unter-

suchungsgegenstände anzuwenden. Vielmehr legen sie nahe, aus den Untersuchungsgegenständen und den für sie konstitutiven Problemstellungen sinnvolle Herangehensweisen abzuleiten; sie aber auch in einem kontinuierlichen Prozess zu reflektieren, zu entwickeln und zu adaptieren.

Ewald hat Foucaults Denken treffend als „ein vagabundierendes Denken“ (Ewald, 1978, S. 7) charakterisiert – Foucault ist „[s]chwer greifbar und flüchtig“ (ebd., S. 8). Vielleicht macht gerade dies das Arbeiten mit Foucault so reizvoll, denn der Rekurs auf seine Werke hat in den Geistes- und Sozialwissenschaften in den letzten Jahren sehr stark an Relevanz gewonnen. Neben dem Bezug auf das Konzept des ‚Diskurses‘ (siehe zur Übersicht Keller, 2007; Diaz-Bone, 2003; Angermüller/Bunzmann/Nonhoff, 2001) sowie des Dispositivs (siehe zum Beispiel Bührmann/Schneider, 2008; Caborn, 2007, 2006) steht hierbei auch zunehmend der Rekurs auf die Kategorie der Gouvernamentalität (siehe zum Beispiel Bröckling/Krasmann/Lemke, 2011, 2000; Dean, 1999; zur Übersicht Lemke, 2000) im Vordergrund. Grundsätzlich umfasst die Rezeption der Arbeiten Foucaults in den Geistes- und Sozialwissenschaften primär Foucaults Diskurs- und Dispositivkonzept. Gerade in der Sprachwissenschaft sind mit der ‚Kritischen Diskursanalyse‘ zahlreiche Ansätze und Arbeiten mit allerdings zum Teil unterschiedlich gelagerten theoretischen Bezügen zu Foucault aufzufinden (siehe dazu exemplarisch van Dijk, 2009, 2008a, 2008b; Fairclough, 2004, 1995; Grewenig, 2000; Jäger/Jäger, 2007; Jäger, 1993; Janussek, 1991; Maas, 1984; Matouschek/Wodak/Janussek 1995; Wodak et al., 1998; Wodak, 1996). Dies gilt auch für sprachwissenschaftliche diskursanalytische Arbeiten aus dem Feld der Begriffsgeschichte beziehungsweise der Historischen Semantik (siehe dazu exemplarisch Busse/Hermanns/Teubert, 1994; Busse 1987; Jung/Wengeler/Böke, 1997; Wengeler, 2003; Stötzel/Eitz, 2002). Auch in anderen Disziplinen wie der Literaturwissenschaft (siehe dazu exemplarisch Gerhard, 1998; Link, 1999; Link/Wülfing, 1984), der Geschichtswissenschaft (siehe zum Beispiel Landwehr, 2008; Eder, 2006; Sarasin, 2003), der Soziologie (siehe zum Beispiel Maeße, 2010; Schwab-Trapp, 2007, 2002) sowie der Politikwissenschaft (siehe dazu exemplarisch Kerchner/Schneider, 2006) konnten diskursanalytische Ansätze wichtige Beiträge zur Analyse gesellschaftlicher Zusammenhänge beisteuern (siehe zur Übersicht Keller/Hirsland/Schneider/Viehöver, 2005, 2004, 2001a, 2001b sowie Kammler/Parr, 2007).

Der Bezug auf einen diskurstheoretischen Forschungsansatz in den Sozialwissenschaften steht jedoch nicht ausschließlich in einem Zusammenhang mit den Arbeiten Michel Foucaults. Generell lässt sich laut Keller im letzten Jahrzehnt für den deutschsprachigen Raum ein wachsendes theoretisches und methodisches Interesse der Sozialwissenschaften an der Diskursforschung beobachten (vgl. Kel-

ler, 2006, S. 51).<sup>6</sup> Wie vorausgehend skizziert, ist bereits der Bezug auf Foucaults Diskurskonzept nicht einheitlich. Trotz der Heterogenität der Konzepte und Vorgehensweisen im Feld der Diskursanalyse lassen sich Keller folgend dennoch zumindest drei Gemeinsamkeiten hervorheben:

„Erstens erfolgt eine im- oder explizite Ablehnung der von Jürgen Habermas im Rahmen seiner *Diskursethik* vorgeschlagenen normativen Verwendung des Diskursbegriffs im Sinne einer an spezifischen Geltungskriterien orientierten Diskussionsveranstaltung. Zweitens erscheint eine Diskursforschung als unbefriedigend, die sich unter dem Etikett der *discourse analysis* als ethnomethodologische oder linguistisch-pragmatische Gesprächsanalyse für die Organisation des konkreten Sprachgebrauchs in kurzen Sprachsequenzen interessiert. Positiv lassen sich drittens die angesprochenen Programmatiken der Diskursforschung durch ihren Theoriebezug auf Michel Foucault und andere (französische) Poststrukturalisten sowie (häufig) auf Ernesto Laclau und Chantal Mouffe und die verarbeitete marxistische Traditionslinie (Louis Althusser, Antonio Gramsci u.a.) charakterisieren. Sofern auch konkrete Überlegungen zum methodischen Vorgehen vorgestellt werden – wie beispielsweise in der *Critical Discourse Analysis* (Norman Fairclough) oder der (damit nicht identischen) *Kritischen Diskursanalyse* (Siegfried Jäger) greifen diese meist auf sprachwissenschaftliche Konzepte (bis hin zur Korpuslinguistik) zurück.“ (ebd., Hervorhebung im Original)

Das mit dieser Arbeit verfolgte diskursanalytische Vorhaben ist dem dritten Bereich, dem Theoriebezug auf Michel Foucault zuzuordnen. Kellers Überblick gibt zudem bereits einen Hinweis auf die Bedeutung der Critical Discourse Analysis (CDA) sowie der Kritischen Diskursanalyse (KDA) für die Entwicklung von diskursanalytischen Methoden und ihre Verbindung zu sprachwissenschaftlichen Konzepten, denn mit Blick auf diskursanalytische Ansätze in der Sprachwissenschaft, die zum Teil auch als „Diskurslinguistik“ (Warnke, 2007a, 2007b; Warnke/Spitzmüller, 2008; Spitzmüller/Warnke, 2011) firmieren, kommt den sich als kritisch verstehenden Ansätzen der Diskursanalyse eine zentrale Funktion für die Analyse gesellschaftlicher Zusammenhänge zu: Hierzu zählen im deutschsprachigen Raum insbesondere die Arbeiten von Siegfried und Margarete Jäger, verbunden mit dem Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (siehe zum Beispiel Jäger, 2006a, 1993; Jäger/Jäger, 2007), die Arbeiten des Literaturwissenschaftlers Jürgen Link (siehe zum Beispiel Link, 2008, 2005, 1997, 1990a, 1990b; Link/Wülfing, 1984), die Arbeiten von Franz Janussek (siehe dazu exemplarisch Janussek, 1991) sowie die Arbeiten von Ruth Wodak et al. (siehe zum Beispiel Wodak, 1996; Wodak et al., 1998; Wodak/Meyer, 2001; Reisigl/Wodak, 2001). Hinsichtlich Kellers Einordnung müssen in Bezug auf den in dieser Arbeit vertretenen Standpunkt jedoch zwei Aspekte hervorgehoben werden: So schließen sich das Diskursverständnis von

---

6 Siehe auch das interdisziplinäre Forschungsportal zur Diskursanalyse: [www.diskursanalyse.net](http://www.diskursanalyse.net)

Habermas (siehe zum Beispiel Habermas, 1991, 1983) sowie die Ansätze der Kritischen Diskursanalyse nicht zwingend aus, wie es die Einordnung Kellers im Verweis auf die „im- oder explizite Ablehnung der von Jürgen Habermas im Rahmen seiner *Diskursethik* vorgeschlagenen normativen Verwendung des Diskursbegriffs“ (Keller, 2006, S. 51, Hervorhebung im Original) nahelegt. So weist Keller selbst an anderer Stelle auf eine diskursanalytische Arbeit Wodaks hin (siehe dazu Wodak, 1996), in der die Diskursethik Habermas’ aufgegriffen wird (vgl. Keller, 2005, S. 109). Keller führt im Rekurs auf die Arbeit Wodaks aus:

„Als Messlatte für reale Kommunikationsprozesse wird das Habermassche Diskursverständnis allerdings auch in Forschungen eingesetzt, die ansonsten mit einem anderen Diskursbegriff operieren. So benutzt die österreichische Soziolinguistin Ruth Wodak in ihrem Ansatz einer *critical discourse analysis* die Diskursethik als Maßstab zur empirischen Feststellung von – gemessen am Idealmodell – Verzerrungen bzw. Störungen ‚realer Diskurse‘, d.h. realer Gesprächsverläufe.“ (ebd., Hervorhebung im Original)

Ein weiterer Aspekt, den ich darüber hinaus hervorheben möchte, ist, dass auch die linguistisch-pragmatische Gesprächsanalyse, die ebenfalls Diskursanalyse genannt wird und zum Beispiel mit den Arbeiten von Konrad Ehlich verbunden ist (siehe dazu exemplarisch Ehlich, 2007a), von dem in dieser Arbeit vertretenen Standpunkt nicht als „unbefriedigend“ gewertet wird. Zwar verfolgt diese Form der Diskursanalyse teilweise andere Analyseschwerpunkte, diese müssen jedoch zu einer Diskursanalyse in der in dieser Arbeit realisierten Form nicht im Widerspruch stehen. Zudem legt Ehlich mit seinem Verständnis von Sprache als Medium (vgl. Ehlich, 1998) eine wichtige Grundlage für mein Verständnis von Sprache als sozialer und politischer Praxis, wie ich es im zweiten Kapitel dieser Arbeit skizzieren werde.

Blickt man auf Foucaults Arbeiten zur ‚Gouvernementalität‘ und damit auf seine Auseinandersetzungen mit Regierung und Staat, sind diese hingegen noch nicht so umfassend rezipiert worden wie die Arbeiten zu ‚Diskurs‘ und ‚Dispositiv‘. Zwar haben sich, orientiert an Foucaults Konzept der Gouvernementalität, die Governmentality Studies als eine eigenständige Forschungsrichtung etablieren können, mehrheitlich sind die Arbeiten innerhalb der Governmentality Studies allerdings der soziologischen Disziplin zuzuordnen. Hinzu kommt, dass die Rezeption zunächst wesentlich stärker auf den angelsächsischen Raum beschränkt war, wo die Entwicklung der Governmentality Studies mit dem Erscheinen der Schrift „The Foucault Effect. Studies in Governmentality“ (Burchell/Graham/Miller, 1991) im Jahr 1991 in den USA durch die Herausgeber Graham Burchell, Colin Gordon und Peter Miller angestoßen wurde. So erfolgte in Deutschland erst in den letzten Jahren eine verstärkte Auseinandersetzung mit diesem Gegenstand. Aktuell gibt es erste Versuche, die Konzepte ‚Diskurs‘ und ‚Gouvernementalität‘ in der Forschung zu verbinden (siehe dazu exemplarisch Angermüller/van Dyk, 2010).



Für die Politikwissenschaft konstatiert Wolfgang Fach einen fehlenden Einfluss Foucaults Arbeiten (vgl. Fach, 2008, S. 396). Foucaults Arbeiten selbst – beispielsweise jene zu Macht, Biopolitik und Gouvernementalität – sind ihm folgend jedoch durchaus als politikwissenschaftliche einzuordnen (vgl. ebd.). Fach erweitert seine Feststellung, indem er auf den Band von Brigitte Kerchner und Silke Schneider „Foucault. Diskursanalyse der Politik“ (Kerchner/Schneider, 2006) verweist, in dem die Autorinnen einleitend anmerken, dass die Rezeption von postmoderner Diskursanalyse in der Politikwissenschaft noch am Anfang stünde (vgl. ebd., S. 11). Während Fach mit Blick auf die ‚politikwissenschaftlichen‘ Arbeiten Foucaults zu Recht einen fachlichen Einfluss Foucaults negiert, muss hervorgehoben werden, dass ‚die‘ Diskursanalyse durchaus Eingang in die Politikwissenschaft gefunden hat. Jedoch ist hierbei erneut zwischen der Rezeption im angelsächsischen Raum und derjenigen in Deutschland zu differenzieren. Während die Rezeption des Diskurskonzepts in Deutschland sowie die Verwendung von Diskursanalysen als Methode politikwissenschaftlicher Forschung tatsächlich noch am Anfang steht (siehe allerdings die Arbeiten von Hell, 2005; Kunz, 2005; Baumann, 2006; Nonhoff, 2006; Ziai, 2007, 2006), hat sich vorwiegend außerhalb Deutschlands der theoretische und methodische Bezug auf das Foucaultsche Diskurskonzept, insbesondere im Bereich der Policy-Analyse durchsetzen können. Dies liegt vor allen Dingen daran, dass diesem Bereich aufgrund seiner Ausrichtung auf die inhaltliche Dimension von Politik (policy) – verstanden als „die Gesamtheit der materiellen Politiken einer Regierung oder einer Partei“ (Rohe, 1994, S. 61) – ein Bezug auf die dem Diskurskonzept grundlegenden Aspekte wie Sprache/Diskurs im Zusammenhang mit Wissen, Macht und Wahrheit zunächst greifbarer erscheint als in den Dimensionen des politischen Prozesses (politics) oder der politischen Verfasstheit (polity).<sup>7</sup>

Die Idee einer ‚post-positivistischen‘ Perspektive auf Policy (vgl. Gottweis, 2003) geht dabei zurück auf den sogenannten „Argumentative Turn“ (Fischer/Forester, 1993a), den die Politikwissenschaftler Frank Fischer und John Forester mit der Herausgabe der gleichnamigen Schrift im Jahre 1993 auslösten. Mittlerweile existieren zahlreiche Publikationen zur Policy-Analyse, die der konstitutiven Funktion von Sprache und Diskurs Bedeutung beimessen (siehe dazu zum Beispiel Fischer, 2003; Hajer, 2008, 1995, 1993; Gottweis, 2004, 2003, 1998). Neben der Policy-Analyse ist es innerhalb der Politikwissenschaft insbesondere der Bereich Internationalen Beziehungen (IB), der zum Beispiel im Rahmen konstruktivistischer

---

7 Die Dimensionen selbst müssen dabei allerdings als analytische Trennungen gesehen werden, die Überschneidungen nicht ausschließen. Dies gilt insbesondere für die Policy-Analyse, denn Rohe konstatiert: „*Polity* und *politics* gehören zu jeder Politik und lassen sich als unterscheidbare Dimensionen politischen Handelns erkennen. Das bedeutet nicht, daß sie in der konkreten politischen Wirklichkeit sachlich und zeitlich sauber voneinander getrennt existieren.“ (Rohe, 1994, S. 64, Hervorhebung im Original).

Ansätze (siehe dazu exemplarisch Ulbert/Weller, 2005; Fierke/Jørgensen, 2001) die Bedeutung von Sprache und Diskurs anerkennt und sich in seinem Selbstverständnis dann als „critical International Relations“ (Milliken, 2001, S. 136) begreift. Generell erscheint der Bereich der Internationalen Beziehungen neben einschlägigen Arbeiten der diskursiven Policy-Analyse als derjenige, der auch übergreifend aus einer poststrukturalistischen Perspektive heraus umfangreiche theoretische und praktische Forschung betreibt, was einen Bezug auf die Arbeiten Foucaults und anderer Poststrukturalisten wie Jaques Derrida und Roland Barthes mit einschließt (siehe dazu zum Beispiel Hansen, 2006). Neben den Internationalen Beziehungen wird zu Teilen auch innerhalb der Europa-Forschung diskursanalytisch gearbeitet, wobei ‚diskursanalytisch‘ hier jedoch eher in Bezug zu Größen wie ‚Ideen‘ und ‚Werten‘ zu sehen und mit klassischeren politikwissenschaftlichen Konzepten verbunden ist, wie zum Beispiel beim Ansatz des ‚diskursiven Institutionalismus‘ (siehe dazu Radaelli/Schmidt, 2004; Schmidt, 2006).

Unabhängig von der jeweils gewählten Methode zur Analyse von Sicherheitspolitik kann im Verweis auf Daase hervorgehoben werden, dass „[d]ie Politikwissenschaft [...] den Wandel der Sicherheitspolitik – fein säuberlich getrennt nach innerer (Lange/Ohly/Reichert, 2009; Knelangen, 2001) und äußerer Sicherheit (Buzan/Weaver/de Wilde, 1998; Daase 2010) [analysiert].“ (Daase, 2011) Grundsätzlich kann deshalb zunächst zwischen einer innenpolitisch sowie einer außenpolitisch ausgerichteten Analyse von Sicherheitspolitik auf Basis einer diskursanalytischen Herangehensweise unterschieden werden. Während so zum Beispiel im Bereich der Internationalen Beziehungen häufig die Aspekte Sprache und Diskurs bei der Analyse von Sicherheitspolitik von Relevanz sind (siehe dazu exemplarisch Daase, 1993; Dunn/Mauer, 2006; Bonacker/Bernhardt, 2006) ist im Hinblick auf eine diskursanalytisch fundierte Analyse von innerer Sicherheitspolitik in Deutschland bisher lediglich die Arbeit von Thomas Kunz „Der Sicherheitsdiskurs. Die Innere Sicherheitspolitik und ihre Kritik“ (Kunz, 2005) zu nennen, innerhalb derer er sich mit dem Sicherheitsdiskurs von 1972 bis 1998 auseinandersetzt. Mit Blick auf eine außenpolitisch ausgerichtete Analyse von Sicherheitspolitik im Forschungsbereich der Internationalen Beziehungen ist zum Beispiel das mit Ole Weaver (Copenhagen School of Security Studies) verbundene Konzept der ‚securitization‘ (siehe dazu Weaver, 1995; Buzan/Weaver/De Wilde, 1998) als eine konstruktivistische und die Rolle von Sprache bei der Konstruktion von Sicherheit anerkennende Herangehensweise zu verstehen, bei der Sicherheit als Sprechakt verstanden wird (vgl. Weaver, 1995). Ein Versuch, das Konzept auf die Ebene des Diskurses zu heben, unternimmt Andreas Werner in seiner Monographie „Securitization als Diskurs“ (Werner, 2008), wobei Werner mit dem Diskursbegriff eher auf Aspekte wie Debatte und Verhandlung mit mehreren Adressaten im Gegensatz zum einfachen Sprechakt sowie dem in dieser Arbeit verwendeten Diskurskonzept abzielt.

Insgesamt gibt es im Hinblick auf die theoretische und methodologische Konzeptualisierung von Diskurs in den Sozialwissenschaften – insbesondere mit den sprachwissenschaftlichen Ansätzen der Kritischen Diskursanalyse sowie der diskursiven Policy-Analyse – zahlreiche Arbeiten, die als Ausgangspunkt für die Entwicklung eines triangulativen Ansatzes zur Analyse des innenpolitischen Sicherheitsdiskurses dienen können. Darüber hinaus ermöglicht auch die Einbindung der Foucaultschen Konzepte ‚Dispositiv‘ sowie ‚Gouvernementalität‘ eine bessere Funktionalisierung des Diskurskonzepts für den politischen Kontext. Jedoch sind auch diese Anknüpfungspunkte noch wenig aufeinander bezogen. Zudem fehlt es im Hinblick auf die thematische Fokussierung auf innere Sicherheitspolitik – abgesehen von der Arbeit Thomas Kunz – an politikwissenschaftlichen Arbeiten, die diese diskursanalytisch analysieren und damit die Bedeutung von Sprache und Text im Politikfeld der Inneren Sicherheit als Ausgangspunkt für eine Analyse wählen. Des Weiteren fehlt es auch an diskursanalytischen Arbeiten, welche die theoretische Auseinandersetzung zum Themenkomplex ‚Sicherheit als Konstruktion‘ – für die die sicherheitspolitischen Studien in den Internationalen Beziehungen gute Anknüpfungspunkte bieten (wie zum Beispiel mit den Arbeiten von Daase und Waever) – für die Analyse von Sicherheitspolitik im Innern nutzbar machen.

Daase konstatiert das Fehlen einer „integrierende[n] Perspektive auf den Wandel von Sicherheit als einen Prozess, der die nationale und internationale Gesellschaft produziert, reproduziert und transformiert“ (Daase, 2011, S. 59), in den zum Themenkomplex ‚Sicherheit‘ arbeitenden Disziplinen in Deutschland, wie der Politikwissenschaft, der Kriminologie, der Soziologie sowie der Rechts- und Geschichtswissenschaft (vgl. ebd.). Vor diesem Hintergrund plädiert er für das Konzept der „Sicherheitskultur“ (ebd.; siehe dazu auch Daase et al., 2012; Daase, 2012), welches er als „[e]in Konzept zur interdisziplinären Erforschung politischen und sozialen Wandels“ (Daase, 2011, S. 59) versteht. Für die Kontextualisierung dieses Konzepts problematisiert Daase folgenden Umstand:

„Der unaufhaltsame Aufstieg des Sicherheitsbegriffs zur politischen Leitkategorie unserer Zeit verändert nicht nur den politischen Diskurs, sondern geht mit tiefgreifenden Veränderungen nationaler und internationaler Gesellschaftsstrukturen einher. Die wissenschaftliche Beschreibung und Erklärung dieser Entwicklung ist bislang aber rudimentär und selektiv geblieben“ (ebd.).

Daase folgend könnte „[d]er Begriff der *Sicherheitskultur* [...] eine solche integrative Perspektive bieten.“ (ebd.) Zwar ist es nicht primär das Ziel dieser Arbeit, über die Politik der Inneren Sicherheit seit 9/11 hinaus auch die Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland miteinzubeziehen, dennoch soll diese Arbeit einen Beitrag dazu leisten, sprach- und politikwissenschaftliche Herangehensweisen für die Analyse von Sicherheit und sicherheitspolitischem Wandel – als diskursive Konstruktionen – auszuloten und in einem triangulativen Ansatz zur Analyse des

innenpolitischen Sicherheitsdiskurses weiterzuentwickeln. Auf diese Weise leistet die vorliegende Arbeit einen Beitrag zu der von Daase geforderten interdisziplinären Erforschung von politischem und sozialem Wandel und ist damit auch eine Analyse der gegenwärtigen (inneren) Sicherheitskultur der Bundesrepublik Deutschland.

### 1.3 Methodik

In ihrem Aufsatz mit dem Titel „Politikwissenschaft und Diskursanalyse: Diskurs in/der Politik“ (Wodak, 2001; siehe dazu auch Wodak, 2005) setzt sich Wodak unter anderem mit den Funktionen eines „transdisziplinäre[n] Zugang[s] zu politikwissenschaftlichen Themen“ (ebd., S. 75) auseinander. In diesem Zusammenhang arbeitet sie pointiert die Relevanz von transdisziplinären Vorgehensweisen heraus (vgl. ebd., S. 75ff.). Als traditionelle Themen der Diskursanalyse hebt Wodak Reden von Politikern/Politikerinnen sowie Parlamentsdebatten hervor (vgl. ebd., S. 75). Diese „können anhand politikwissenschaftlicher Theorieansätze und auch politikwissenschaftlicher Methoden wesentlich adäquater behandelt werden.“ (ebd.) Dies begründet Wodak damit, dass „Diskurs [...] niemals isoliert im Raum [steht]“ (ebd.) und verweist vor diesem Hintergrund auf die für die Analyse und Interpretation wichtigen Aspekte der Intertextualität sowie der Rekontextualisierung (vgl. ebd.). Eine weitere Begründung für ein transdisziplinäres diskursanalytisches Vorgehen sieht Wodak in der Problemorientiertheit der Kritischen Diskursanalyse (vgl. ebd., S. 76). Sie führt an: „Soziale Probleme gestalten sich aber derart komplex, daß ein einziger wissenschaftlicher Zugang sicherlich nicht ausreicht, um ein Problem in mehreren Dimensionen aufzuschlüsseln.“ (ebd.) Sie spricht sich deshalb für Forschungen in Teams von LinguistInnen und PolitikwissenschaftlerInnen aus (vgl. ebd.), wobei sie anmerkt, dass „eine solche Zusammenarbeit [...] aber nicht additiv verlaufen, sondern – im Idealfall – zu neuen integrativen Ansätzen führen [soll].“ (ebd.) Ein besonders wichtiger Aspekt, den Wodak an dieser Stelle in Bezug auf die Zusammenarbeit ausführt, ist, dass über Teamarbeit „‚Territoriallängste‘ abgebaut werden müssen“ (ebd.):

„Denn inter- und transdisziplinäre Forschung impliziert keineswegs die Dominanz des einen oder anderen traditionellen Faches, vielmehr eine Art ‚Partnerschaft‘, ein ‚give and take‘“ (ebd.).

Wodaks Vorschlag folgend verstehe ich diese Arbeit im Hinblick auf die von mir gewählte Methode zunächst als eine positive Verquickung von kritischer Diskursanalyse und Politikwissenschaft, mit dem Ziel über eine interdisziplinäre Verschränkung von diskursanalytischen Herangehensweisen einen triangulativen Ansatz zur Analyse des innenpolitischen Sicherheitsdiskurses zu entwickeln. Zur Plau-

sibilisierung des triangulativen diskursanalytischen Vorgehens ist es notwendig, den Terminus der Triangulation selbst zu erläutern. Im Rekurs auf Siegfried Lamnek „ist Triangulation [zunächst] eine Metapher, die aus der Militärstrategie und der Navigation stammt und meint, durch multiple Bezugspunkte die genaue Position eines Objektes bestimmen zu können“ (Lamnek, 2005, S. 277). Insgesamt lassen sich vier verschiedene Formen der Triangulation unterscheiden: Datentriangulation, Forschertriangulation, Theorientriangulation sowie Methodentriangulation (vgl. Denzin, 1978; zitiert nach Lamnek, 2005, S. 159). Uwe Flick führt für den Begriff der Triangulation an:

„Vereinfacht ausgedrückt bezeichnet der Begriff der Triangulation, dass ein Forschungsgegenstand von (mindestens) zwei Punkten aus betrachtet – oder konstruktivistisch formuliert: konstituiert – wird.“ (Flick, 2008, S. 11)

In den Sozialwissenschaften wird die Triangulation in vielerlei Ausprägungen umgesetzt (siehe zur Übersicht Flick, 2008; exemplarisch Cicourel, 1975 [1974]). Während in der qualitativen Sozialforschung die Triangulation insbesondere als Möglichkeit der sinnvollen Verbindung von quantitativen mit qualitativen Verfahren diskutiert wird (vgl. zum Beispiel Lamnek, 2005), rekurriere ich auf das Verfahren der theoretischen und methodischen Triangulation, um innerhalb der qualitativ ausgerichteten Diskursanalyse zu umfassenden Analyseergebnissen zu kommen. Flick hebt in diesem Kontext die Vorteile eines triangulativen Vorgehens bei qualitativen Methoden hervor:

„Das Potential der Triangulation verschiedener qualitativer methodischer Zugänge kann darin liegen, systematisch unterschiedliche Perspektiven zu verbinden und unterschiedliche Aspekte des untersuchten Gegenstandes zu thematisieren.“ (Flick, 2008, S. 23)

Aufgrund der Spezifität des innenpolitischen Sicherheitsdiskurses ist es deshalb sinnvoll, sprach-, literatur- und politikwissenschaftlichen Theorien zur theoretischen Konzeptualisierung des sicherheitspolitischen Diskurses zu synthetisieren sowie bei der Konkretisierung eines diskursanalytischen Vorgehens auf verschiedene bewährte Ansätze in den Sprach- und Politikwissenschaften einzugehen, um damit die diskursive Konstruktion des sicherheitspolitischen Wandels in all ihren Facetten erfassen zu können.

## 1.4 Aufbau der Arbeit

Die Arbeit umfasst insgesamt zehn Kapitel und ist dabei in einen theoretischen Teil (Kapitel 2 und 3), einen empirischen Teil (Kapitel 4 bis 9) sowie einen Ausblick (Kapitel 10) untergliedert. Im Anschluss an die Einleitung entfalte ich in Kapitel 2

‚Theoretische Vorüberlegungen‘ zunächst den theoretischen Hintergrund dieser Arbeit, wobei ich zu Beginn in Unterkapitel 2.1 ‚Sprache als soziale Praxis – Sprache als politische Praxis‘ die kulturelle Relevanz von Sprache bei der Konstitution von gesellschaftlichem Wissen herausstelle sowie sprachliches Handeln als gesellschaftliches Handeln fassen werde. Im darauffolgenden Unterkapitel 2.2 setze ich mich mit Foucaults Arbeiten zum Diskurskonzept auseinander und gehe zudem auch auf das des Dispositivs ein, um sodann auf dieser theoretischen Auseinandersetzung mit Foucaults ‚Werkzeugkasten‘ aufbauend in den folgenden Unterkapiteln deren methodologische Umsetzung in den Sozialwissenschaften näher zu betrachten: Im weiteren Verlauf des Kapitels gehe ich zunächst auf die für diese Arbeit relevanten sprachwissenschaftlichen Ansätze aus dem Feld der Kritischen Diskursanalyse ein (siehe dazu Unterkapitel 2.3) und erläutere sodann zentrale politikwissenschaftliche Ansätze der Diskursanalyse (siehe dazu Unterkapitel 2.4).

Mit dem dritten Kapitel dieser Arbeit ‚Der sicherheitspolitische Diskurs – Konzeption und Analyse‘ soll anknüpfend an die theoretischen Vorüberlegungen ein triangulativer Ansatz zur Analyse des innenpolitischen Sicherheitsdiskurses entwickelt werden. Hierzu ist sowohl eine theoretische Auseinandersetzung (siehe dazu Unterkapitel 3.1) als auch eine methodologische Auseinandersetzung (siehe dazu Unterkapitel 3.2) mit dem vorgeschlagenen Konzept des sicherheitspolitischen Diskurses notwendig. Über eine theoretische Triangulation in Unterkapitel 3.1 erfolgt die Herausstellung der ‚Diskursivität des Sicherheitspolitischen‘. Dem Ziel folgend, das Diskurskonzept für die Analyse von sicherheitspolitischen Zusammenhängen im weiteren Sinne nutzbar zu machen, ist es notwendig, das Diskurskonzept an den politischen Prozess anzubinden (siehe dazu Abschnitt 3.1.1). Darüber hinaus sollen auch die Rolle von sicherheitspolitischen Akteuren im Diskurs (siehe dazu Abschnitt 3.1.2) sowie über den sicherheitspolitischen Diskurs realisierte Diskursstrategien (siehe dazu Abschnitt 3.1.3) und deren Bezug zum Wandel des sicherheitspolitischen Diskurses sowie zum sicherheitspolitischen Wandel erarbeitet werden (siehe dazu Abschnitt 3.1.4).

Es folgt die methodologische Auseinandersetzung mit dem Konzept des sicherheitspolitischen Diskurses in Unterkapitel 3.2, in dem ich ein konkretes triangulatives Vorgehen für die Analyse des innenpolitischen Sicherheitsdiskurses entwickle. Dieses umfasst vier verschiedene Aspekte: die Verortung des Diskurses (siehe dazu Abschnitt 3.2.1), die Kontextualisierung der Diskursfragmente (siehe dazu Abschnitt 3.2.2), die Analyse der Diskurseffekte (siehe dazu Abschnitt 3.2.3) sowie abschließend die Exploration des Diskurswandels (siehe dazu Abschnitt 3.2.4).

In den Kapiteln 4 bis 9 erfolgt im Anschluss an die theoretische und methodische Konzeptualisierung des triangulativen Ansatzes sodann dessen Erprobung durch die Analyse des innenpolitischen Sicherheitsdiskurses von 2001 bis 2009. Der konkreten Analyse geht in Kapitel vier zunächst die ‚Annäherung an den innenpolitischen Sicherheitsdiskurs‘ voraus, indem vorab alle analyserelevanten Aspekte